



Vorschläge der LDPD zur Beratung des Demokratischen Blocks

13. Oktober 1989

Information Nr. 456/89 über beabsichtigte Vorschläge der LDPD anlässlich der Beratung des Demokratischen Blocks am 13. Oktober 1989

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3750, Bl. 8–10.

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Herrmann, Krenz – MfS: Mittig, Leiter HA XX, Carlsohn, Mielke, Irmeler (ZAIG), Tannhäuser (ZAIG/1).

Nach vorliegenden Hinweisen, die nicht weiter überprüft werden konnten, soll seitens des Vorsitzenden der LDPD, *Gerlach*,¹ beabsichtigt sein, im Namen des Parteivorstandes der LDPD folgende Vorschläge auf der o. g. Beratung zu unterbreiten:

- Zulassung aller Organisationen, die für Demokratie und Sozialismus eintreten, darunter auch des »Neuen Forums«;²
- Praktizierung einer prinzipiell neuen Medienpolitik;
- Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR für alle Bürger, die das wollen, und bei Wunsch auch Wiedereingliederung ohne Diskriminierung;
- für jeden Bürger der DDR einmal jährlich die Möglichkeit einer Reise in das NSA;
- Normalisierung des Reiseverkehrs mit den sozialistischen Ländern;³
- Änderung des Strafrechtes der DDR, insbesondere Abschaffung des Gesinnungsstrafrechtes;
- Normalisierung des Verhältnisses Staat – Kirche;
- Änderung der Wirtschaftsstrategie – Normalisierung des Verhältnisses Export – Import;
- exakte Durchsetzung des Leistungsprinzips;
- sinnvolle Subventionspolitik;
- Zulassung von Privatinitiativen in der Wirtschaft;
- Ausbau der Beziehungen RGW – EG;
- Durchsetzung der sozialistischen Demokratie nicht nur auf dem Papier, sondern praktizierend;
- Verwirklichung aller demokratischen Grundrechte der Verfassung der DDR;
- Umwandlung der Volkskammer zu einem wirklichen Machtorgan ohne Bevormundung durch die SED;
- Änderung der Prinzipien der Bündnispolitik unter Anerkennung der führenden Rolle der SED;
- offene Diskussion über die staatsgestaltende Rolle aller Parteien ohne Hegemonie der SED bei Wirtschaftsentscheidungen unter Einbezug des Volkes;
- neues Wahlrecht bzw. strikte Einhaltung der bestehenden Gesetze bei kommenden Wahlen;
- Kaderauswahl nach Befähigung und Eignung, nicht nach dem Parteibuch;
- sofortiger Schulterschluss mit allen demokratischen Kräften zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise in der DDR.

Weiter wurde bekannt, dass in diesem Zusammenhang im Parteivorstand der LDPD folgende Überlegungen eine Rolle spielen sollen:

- Eintreten für mehr Demokratie bei den nächsten Wahlen.
- Der SED wird die führende Rolle nicht streitig gemacht, aber wenn die gegenwärtige Führung der SED handlungsunfähig ist, muss die LD Verantwortung übernehmen; die LDPD tut das, ohne in Opposition zu gehen.
- Der Parteivorstand geht davon aus, dass alle Mitglieder an einem Strang ziehen. Jeder Bürger kann der LDPD beitreten, auch Mitglieder des »Neuen Forums«. Alle Mitglieder, die einheitlich gefasste Beschlüsse der Parteiführung nicht mittragen wollen, können ohne Groll aus der LDPD ausscheiden.

1

Manfred Gerlach, Jg. 1928, LDPD-Funktionär, 1967–90 LDPD-Vorsitzender, 1960–89 stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, Dezember 1989–April 1990 letzter Staatsratsvorsitzender der DDR.

2

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsaufruf unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsaufruf der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

3

Am 4.10.1989 verkündete das SED-Zentralorgan eine vorübergehende Außerkraftsetzung des visa- und passfreien Reiseverkehrs in die ČSSR, um eine weitere massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern über Ungarn in die Bundesrepublik zu unterbinden. Nach Polen konnten DDR-Bürger bereits seit Oktober 1980 nur noch mit einem Visum oder einer speziellen Erlaubnis einreisen. Die SED-Führung hatte mit diesen Einschränkungen auf die Streikwelle in Polen und die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft »Solidarność« reagiert.